



Frankfurt, den 12. September 2006

## **Erklärung**

### **der IG Metall-Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu den Eckpunkten der Großen Koalition und zur Zukunft der Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung**

**- verabschiedet auf der Selbstverwalter-Tagung der IG Metall  
am 12.09. 2006 in Frankfurt/M. -**

Die Parteien der Großen Koalition haben am 4. Juli 2006 der Öffentlichkeit ihre „Eckpunkte zu einer Gesundheitsreform 2006“ vorgelegt. Wesentliche Inhalte und zentrale Aspekte der geplanten Gesundheitsreform stießen zu Recht auf massive Kritik und breite Ablehnung. Dies hat bereits zu einer Verschiebung des Gesetzgebungsprozesses geführt.

Auch die Gewerkschaften lehnen die Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform ab. Unsere Kritik bezieht sich vor allem auf folgende Aspekte:

Die geplante „Gesundheitsreform 2006“:

- führt zu einer weiteren, einseitigen Belastung der Versicherten durch Zusatzbeiträge und verabschiedet sich weiter vom Prinzip der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung,
- droht zu weiteren Leistungseinschnitten zu führen,
- privilegiert weiterhin die private Krankenversicherung,
- führt zu einer massiven Einschränkung von Rechten und Handlungsspielräumen der sozialen Selbstverwaltung.

Die Selbstverwaltung ist eine wichtige Säule des deutschen Gesundheitssystems. Sie trägt zu seiner demokratischen Steuerung des Gesundheitswesens bei. Eine funktionierende Selbstverwaltung ist versicherten-nahe Mitgestaltung. Zugleich werden mit ihr die Arbeitgeber in die Mitverantwortung für den demokratischen Sozialstaat genommen.

Mit der geplanten Reform werden die Rahmenbedingungen für die soziale Selbstverwaltung in der Krankenversicherung grundlegend negativ verändert.

Insbesondere kritisieren wir die Versuche,

- der Selbstverwaltung das Recht der Beitragssatzgestaltung zu entziehen;
- die Selbstverwaltung unter Druck zu setzen, Versicherte einseitig durch Extra-Beiträge zu belasten und aufgrund des finanziellen Druckes Satzungsleistungen zu reduzieren;
- die Einflussnahme der Selbstverwaltung auf den Leistungskatalog einzuschränken.

Wir, aktive Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter aus der IG Metall, die in unterschiedlichen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung ehrenamtlich tätig sind, engagieren uns für ein qualitativ hochwertiges, leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem. Wir sind der Überzeugung, dass das solidarische System der gesetzlichen Krankenversicherung gestärkt und zukunftsfest gemacht werden muss. Deshalb treten wir für umfassende Reformen ein, die das Gesundheitssystem in diese Richtung weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine solidarische Bürgerversicherung, in der die notwendigen Leistungen in der gebotenen Qualität und Wirtschaftlichkeit erbracht und solidarisch nach der Leistungsfähigkeit der Versicherten und unter paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber finanziert werden.

In diesem Rahmen engagieren wir uns gegen die Einschränkung von Rechten und Handlungsspielräumen und für eine Stärkung der sozialen Selbstverwaltung.

Wir erklären:

- Wir werden uns weiterhin in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung für eine solidarische Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen.
- Wir unterstützen die Mobilisierung des DGB und seiner Gewerkschaften für regionale Groß-Kundgebungen am 21. Oktober 2006, die sich auch gegen die Schwächung der sozialen Selbstverwaltung in der Krankenversicherung richtet.

Wir fordern die Parteien der Großen Koalition, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Verantwortlichen in der Bundesregierung auf:

**Erhalten und stärken Sie die soziale Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung!**

**Suchen Sie den konstruktiven Dialog mit allen Akteuren des Gesundheitswesens!**

**Bringen Sie eine Reform auf den Weg, die die solidarische Krankenversicherung stärkt und die Zustimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer findet!**